

# REGIONALENTWICKLUNG UND UNGLEICHHEIT: RAUMDISPARITÄTEN ALS THEMA ZUR PRIME TIME – EINE EINFÜHRUNG

*Volker Elis und Ralph Lützelner*

Das Thema „Regionale Disparitäten“ hat derzeit Konjunktur in Japan. Der öffentlich-rechtliche Rundfunksender NHK begann im April 2007 mit einer lockeren Reihe von Fernsehdokumentationen unter dem Obertitel *Chiiki hatsu! Dō suru Nippon* [Aus den Regionen! Japan, was tun?]. Gesendet etwa jeden zweiten Monat an einem Freitag zwischen 19.30 und 20.45 Uhr im Hauptkanal von NHK, widmet sich die Reihe unterschiedlichen Fragen, bei denen es um starke regionale Ungleichheiten geht bzw. Problemen, deren Lösung regional differenzierte Antworten verlangt. So gab es bislang beispielsweise Folgen zur derzeit schwierigen Finanzlage vieler Kommunen und den daraus entstehenden regionalen Ungleichheiten im Angebot öffentlicher Dienstleistungen (18.05.2007), zur Frage der Wiederbelebung der Wirtschaft abseits der großen Agglomerationen (14.12.2007) oder zur Frage, ob man bestimmte Regionen durch Zuwanderung von Ausländern revitalisieren kann (25.04.2008).

Eine Publikation aus dem Asahi-Zeitungsverlag (Asahi Shimbun „*Bunretsu Nippon*“ Shuzaihan 2007) mit dem Titel *Bunretsu Nippon – chūryūsō wa doko e* [Gespaltenes Japan – wo ist die Mittelschicht geblieben?] zeigt zur Illustration der These einer neuen gesellschaftlichen Spaltung auf dem Titelbild zwei Luftbildaufnahmen von sehr unterschiedlichen Stadtteilen in Tokyo: eine von der monoton wirkenden Großwohnsiedlung Takashimadaira am nordwestlichen Rand des Stadtgebiets und eine von den neuen Hochhauskomplexen „Tokyo Midtown“ und „Roppongi Hills“ im Südwesten des Stadtzentrums, in denen unter anderem exklusive internationale Hotelketten und Einzelhandelsgeschäfte, Kunstmuseen und Wohnungen des Hochpreissegments untergebracht sind. Die Problematik zunehmender sozialer Ungleichheit, die in Japan seit einigen Jahren unter dem Stichwort *kakusa shakai* [Differenzgesellschaft] diskutiert wird, lässt sich dem Lesepublikum offenbar am prägnantesten anhand der Darstellung von (innerstädtischer) räumlicher Ungleichheit näher bringen.

Auch in der preisgekrönten NHK-Dokumentation *Wākingu pua: hataraitemo hataraitemo yutaka ni narenai* [Working Poor: So viel man auch arbeitet, man kommt auf keinen grünen Zweig], erstausgestrahlt am 23.07.2006 und wegen der großen Publikumsresonanz am 10.12.2007 wiederholt,

wird der Zusammenhang von sozialer und regionaler Ungleichheit an etlichen Stellen deutlich.<sup>1</sup> So wird der Zuschauer unter anderem in das Schicksal eines 74-jährigen Schneiders aus der Kleinstadt Kakunodate in der ländlich-peripheren Präfektur Akita eingeführt. Sein Ladenlokal ist eines der wenigen Geschäfte in der Umgebung, das überhaupt noch geöffnet hat. Die meisten anderen Läden der Geschäftsstraße zeigen heruntergelassene Rolläden: Es ist eine für viele japanische Orte abseits der großen Metropolen typische *shattā dōri* [Rolladenstraße] entstanden. Der Kontrast zur Situation im Jahr 1986, aus dem ältere Aufnahmen stammen, die ein reges Geschäftsleben zeigen, könnte kaum größer sein und führt dem Zuschauer eindringlich vor Augen, dass die Entwicklung im ländlichen Raum Japans nicht mehr nur relativ gegenüber den großen Städten zurückbleibt, sondern mittlerweile auch absolut rückläufig ist. Dabei stellt die Stadt Kakunodate noch nicht einmal einen Extremfall dar, denn aufgrund zahlreicher restaurierter Samuraianwesen bildet sie einen touristischen Schwerpunkt in der ansonsten mit Kulturdenkmälern nicht eben reich ausgestatteten nordjapanischen Region Tōhoku. Die Besucher bleiben jedoch meist nicht lange und geben ihr Geld nicht in den Läden der lokalen Geschäftsstraße aus, um die es in dem Beitrag geht.

Anhand der Vielzahl solcher Sendungen und Publikationen wird ein Bewusstsein über die Problematik regionaler Disparitäten offenbar, das es so vor zehn oder fünfzehn Jahren noch nicht gegeben hat. Als typischer zentralistischer Staat wies Japan zwar stets erhebliche Entwicklungsunterschiede zwischen der Hauptstadt Tokyo – und teilweise noch den anderen Metropolen – auf der einen und dem ländlichen Raum auf der anderen Seite auf (vgl. Flüchter 1990). Unter den Stichworten *Tōkyō ikkyoku shūchū* [Einpunktkonzentration auf Tokyo] oder *Tōkyō mondai* [Tokyo-Probleme] wurde aber mehr noch als auf ländliche Entwicklungsrückstände auf die übermäßige Entwicklung der Hauptstadt hingewiesen, die zu Einschränkungen in der Lebensqualität (etwa durch lange Pendelzeiten), zu überhöhten Grundstückspreisen, zu Engpässen in der Wasser- und Elektrizitätsversorgung oder zu erhöhten Gefahrenpotenzialen im Falle von Erdbeben führe (vgl. Fujimoto 1992; Flüchter 1997). Auch die seit den frühen 1960er Jahren aufgelegten Rahmenpläne zur Entwicklung des ganzen Landes (*Zenkokudo sōgō kaihatsu keikaku*, abgekürzt *Zensō*) propagierten wirtschaftliche Dezentralisierung in erster Linie als ein Mittel zur Entlastung der Ballungsräume. Ein gut ausgebautes interregionales Finanzausgleichssystem sowie Förderungen bestimmter ländlicher Wahlkreise durch einflussreiche Politiker der nationalkonservativen Dauerregie-

---

<sup>1</sup> Der Inhalt dieser Sendung wurde auch als Buch publiziert (NHK Supesharu „Wākingu Pua“ Shuzaihan 2007).

rungspartei LDP sorgten dafür, dass, von Ausnahmen abgesehen, im bescheidenen Umfang auch der ländliche Raum an der zunehmenden Prosperität Japans teilhaben konnte (Lützeler 1998: 278–285; Hill und Fujita 2000).

Darüber hinaus schloss das bis etwa zur Mitte der 1990er Jahre in Japan apodiktisch vertretene Postulat von der besonderen Homogenität der japanischen Gesellschaft die Auffassung ein, dass auch in regionaler Hinsicht Japan im besonderen Maße homogen sei (vgl. hierzu kritisch Sugimoto 1997: 2–5, 7). Eine Untersuchung möglicher sozialer und wirtschaftlicher Raumdisparitäten jenseits des Tokyo-Peripherie-Gefälles wurde hierdurch nicht eben ermutigt; stattdessen stand bei japanischen wie westlichen Forschern die Beschreibung kultureller oder kulturhistorischer Phänomene aus den Bereichen Sprache, Musik, vergangene Dorforganisationsstrukturen oder auch Ernährungsverhalten im Vordergrund (vgl. z. B. die meisten Aufsätze in Kreiner 1996).

Es sei allerdings nochmals betont, dass regionale Disparitäten in Japan in der Tat selbst während der 1990er Jahre noch nicht ein solch problematisches Ausmaß wie heute angenommen hatten und deshalb in der Öffentlichkeit nur wenig diskutiert wurden. Man muss daher weiter fragen, aus welchen Gründen und in welcher Hinsicht sich die räumlichen Ungleichheiten so verstärkten, dass mittlerweile selbst die staatskonform konservative Fernsehanstalt NHK das Thema zur besten Sendezeit aufgreift. Mindestens vier neue Entwicklungen haben hierbei wohl eine erhebliche Rolle gespielt: zunächst einmal die demographische Alterung und Schrumpfung als Grundproblem, das im Prinzip das gesamte Land betrifft, insbesondere aber die peripher gelegenen Teile Japans; zweitens die nicht zuletzt durch diesen demographischen Wandel hervorgerufene und damit vor allem in demographisch alten und schrumpfenden Regionen akute Verstärkung gesellschaftlicher Ungleichheit; drittens der ökonomische Niedergang des ländlichen Raumes als weitere Folge des demographischen Wandels, aber vielleicht mehr noch als Resultat der zunehmenden Konkurrenzfähigkeit der nahen Wirtschaftsstandorte China und Südostasien; viertens schließlich – was zunächst paradox klingen mag – die Einleitung eines administrativen Dezentralisierungsprozesses in Japan und in diesem Zusammenhang vor allem die Neuregelung des Finanzverhältnisses zwischen Zentralstaat und den lokalen Gebietskörperschaften.

Demographische Alterung und Schrumpfung im ländlichen Raum Japans sind an sich keine neuen Phänomene. Bereits 1967 wurde für besonders stark betroffene Gebiete der Begriff *kaso chiiki* [untervölkerte Regionen] offiziell eingeführt und 1970 erstmalig ein Gesetz zur Förderung dieser Regionen erlassen (KCSKKTS 1991: 1–2). Als Grundursache von

Untervölkerung lässt sich ein enormer Migrationsstrom in die großen Städte vor allem während der Zeit des wirtschaftlichen Hochwachstums zwischen 1956 und 1973 benennen. Hierdurch verließen vor allem junge, erwerbsfähige Personen aus landwirtschaftlichen Haushalten, die als Töchter oder nachgeborene Söhne den elterlichen Betrieb nicht übernehmen konnten, ihre ländliche Heimat, um in den wirtschaftlich aufstrebenden Metropolen eine Arbeit aufzunehmen und anschließend dort eine Familie zu gründen. Für den ländlichen Raum hatte dieser Exodus zunächst nicht nur negative Folgen, reduzierte er doch vor allem die unterbäuerlichen Schichten und die Zahl unterbeschäftigter Familienangehöriger, die die wirtschaftliche Situation in vielen Dörfern eher belastet hatten (Norimoto 1989: 17–19).

Die Abwanderung hatte jedoch erhebliche Langzeitwirkungen. So leitete die Tatsache, dass überwiegend junge Menschen fortzogen, einen beschleunigten Alterungsprozess ein. Nicht nur fehlten nun diese Menschen selbst, sondern ihr Fehlen führte auch dazu, dass die Zahl der Geburten bezogen auf die Gesamteinwohnerzahl deutlich absank, während die Sterberate infolge des nun höheren Anteils alter Menschen relativ stieg, so dass nur noch geringe natürliche Bevölkerungsüberschüsse erzielt werden konnten. Beispielsweise verlor die westjapanische Präfektur Shimane im Zeitraum 1960–1965 genau 10 Prozent ihrer Bevölkerung durch Abwanderung, während der natürliche Bevölkerungsgewinn nur 2,4 Prozent ausmachte (in der Großstadtpräfektur Osaka lag er hingegen bei 8 Prozent!), woraus ein Bevölkerungsgesamtverlust von 7,6 Prozent resultierte (Lützeler 2008a: 66, 68–69). Mit der Zeit etablierte sich ein Teufelskreis, bei dem eine niedrige Geburtenzahl die Alterung der im ländlichen Raum verbliebenen Bevölkerung noch steigert, was wiederum negativ auf die Geburtenrate rückwirkt, während die Zahl der Sterbefälle weiter steigt und schließlich nicht mehr durch Geburten vollständig ausgeglichen werden kann. Zuletzt schließen immer mehr Inhaber kleiner landwirtschaftlicher oder gewerblicher Betriebe sowie von Einzelhandelsgeschäften mangels Nachfolger aus Altersgründen; nicht selten ziehen sie anschließend zu ihren Kindern in die Großstädte (Norimoto 1989: 19–20). In diesem letzten, besonders sichtbaren Stadium der Alterung und Schrumpfung sind anscheinend viele Teile des ländlichen Raumes in Japan inzwischen angekommen, denn zunehmend wird von Siedlungen berichtet, deren Weiterbestehen durch fortgeschrittene Alterung der verbliebenen Bewohnerschaft in Frage steht (sog. *genkai shūraku*)<sup>2</sup>.

Der demographische Wandel verschärft aber nicht nur den Gegensatz zwischen dem ländlichen und dem städtischen Raum in Japan, er wird in

---

<sup>2</sup> Als *genkai shūraku* gelten Siedlungen mit einem Altenanteil von 50 % oder mehr.

schon naher Zukunft auch die sozialräumlichen Unterschiede innerhalb der großen Stadtregionen verstärken. Da sich die meisten Beiträge des vorliegenden Bandes mit dem ländlichen Raum beschäftigen, sei auf diesen Aspekt im Folgenden etwas ausführlicher eingegangen.

In großräumiger Sicht werden vor allem die suburbanen Zonen von Alterung und Schrumpfung betroffen sein. Bereits seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre steigt die Einwohnerzahl in den Vorstadtringen um die großen Metropolen Tokyo, Nagoya und Osaka nur noch punktuell stark an; insgesamt zeigt sich eher Stagnation. Berechnungen für die Hauptstadtregion zeigen darüber hinaus, dass im Jahr 2015 nicht mehr der Verdichtungskern, sondern der zwischen 30 und 50 Kilometer vom Zentrum Tokyos entfernte äußere suburbane Ring die höchsten Anteile von Menschen im Alter von 65 Jahren und darüber aufweisen wird (Esaki 2006: 112–116). Dies liegt zum einen daran, dass ein wesentlicher Teil der im suburbanen Raum lebenden Menschen mit genau derjenigen Generation identisch ist, die während der wirtschaftlichen Hochwachstumsphase aus dem ländlichen Raum in die Städte abgewandert war und nunmehr sukzessive das Rentenalter erreicht. Zum anderen ziehen weit weniger jüngere Personen als früher im Rahmen ihres Familienlebenszyklus aus dem Zentrum in die Vorstädte, da ein Verbleib in der Innenstadt im Gefolge gesunkener Bodenpreise und eines erhöhten Angebots an neuen Wohnungen – oft in Hochhäusern – zumindest für die obere Mittelschicht (wieder) erschwinglich geworden ist. Ferner hat sich unter jüngeren Erwachsenen der Anteil von Kinderlosen erhöht, deren Raumbedarf auch schon mit den im Mittel kleineren innenstädtischen Wohnungen befriedigt werden kann (Esaki 2006: 71–90, 96–98; Lützel 2008b: 174–177).

Von Bevölkerungsstagnation und Alterung sind indes nicht alle Teile des suburbanen Raumes gleichermaßen betroffen. Besonders problematisch stellt sich die Situation erstens in Einzelhaus-Wohngebieten dar, die mindestens 30 Kilometer Luftlinie vom Zentrum der Kernstadt und zudem mehr als einen Kilometer von einer Bahnstation entfernt liegen. Solche verkehrsgünstig gelegenen Gebiete galten vor allem während der *bubble economy*-Phase (1986–1991), als aberwitzig hohe Bodenpreise den Bezug einer Wohnung in der Innenstadt nahezu unmöglich machten, durchaus als annehmbar. Bei mittlerweile wieder deutlich niedrigeren Immobilienpreisen finden sie jedoch kaum noch neue Bewohner; stattdessen zeigen sich vereinzelt bereits Leerstände von Häusern (Esaki 2006: 121–126, 139–142).

Eine zweite Problemzone stellen von öffentlichen Trägern errichtete Großwohnsiedlungen (*danchi*) dar. Schenkt man der Ausgabe der Publikumswochenzeitschrift *SPA!* vom 4. Dezember 2007 Glauben, dann sind viele dieser Siedlungen auf dem besten Wege, zu Slums zu verkommen.

Dem reißerisch aufgemachten Artikel zufolge liegen dort Müllsäcke verstreut auf Rasenflächen, die japanische Mittelschicht zieht fort, und an ihrer Stelle rücken mit japanischen Gebräuchen nicht vertraute Ausländer und sogar das organisierte Verbrechen in die freigewordenen Wohnungen ein. Doch als das größte Problem wird die demographische Alterung und in diesem Zusammenhang ein deutlicher Anstieg der Zahl verspätet entdeckter Todesfälle von allein wohnenden alten Menschen (*kodokushi*) bezeichnet; allein in den von der öffentlichen Urban Renaissance Agency (Toshi Saisei Kikō) verwalteten Wohnanlagen kam es zu einem Anstieg von 94 (1999) auf 326 (2006) Fälle.

Diese Berichterstattung mag in Teilen übertrieben sein, doch seriösere Publikationen (z. B. Fukuhara 2001; Ōyama 2008) stützen im Großen und Ganzen diesen Befund und dokumentieren damit, dass sich der Charakter der bislang als Symbole der japanischen egalitären Mittelschichtgesellschaft gefeierten Wohnanlagen<sup>3</sup> dramatisch verändert hat. Als eine wichtige Ursache für die beschleunigte Alterung ist die Tatsache zu nennen, dass viele dieser Siedlungen während der 1960er und 1970er Jahre in sehr kurzer Zeit errichtet und nahezu ausschließlich mit jungen Familien der Babyboom-Generation aufgefüllt worden waren. Während die Kindergeneration mittlerweile meist fortgezogen ist, ist die Elterngeneration geblieben und altert nun oft gemeinsam mit den Gebäuden, in denen sie wohnt. Die ausgedehnten sogenannten New Towns am Rand der großen Städte – anders als ihre britischen Namensvorbilder eher reine Pendlersiedlungen denn multifunktionale Entlastungsstädte – werden deshalb mittlerweile auch scherzhaft „Old Towns“ genannt (Fukuhara 2001: 58). Bei Sozialwohnsiedlungen (*kōei jūtaku*), die unter der direkten Verwaltung der Gebietskörperschaften stehen, ist der zuweilen enorme Anteil alter Menschen<sup>4</sup> hingegen eher damit zu erklären, dass sich in dieser Personengruppe überdurchschnittlich häufig Geringverdiener befinden, die zudem bei der Vergabe einer Sozialwohnung gegenüber anderen Personen der unteren Einkommenschicht zusätzlich bevorzugt werden (vgl. Lützel 2008b: 209–211). Diese Vergabepaxis gilt für alle Siedlungen dieses Typs unabhängig von der Lage im Stadtgebiet; auf diese Weise finden sich Stadtviertel mit extrem hohen Altenanteilen insulär auch im Stadtkern.

---

<sup>3</sup> So noch Itō 2007 in einem nostalgischen Rückblick in der Wochenzeitschrift *AERA*.

<sup>4</sup> In der Sozialwohnsiedlung Kirigaoka im Stadtbezirk Kita im Norden von Tokyo etwa lag 2005 der Anteil der Wohnbevölkerung im Alter von 65 Jahren und darüber bei 46,7%, d. h. mehr als doppelt so hoch wie der in diesem Jahr geltende Landesdurchschnitt von 20,2% (eig. Berechnungen auf der Basis von Volkszählungsdaten nach Tōkyō-to 2008, Internet).

Drittens schließlich sind für die nähere Zukunft hohe Altenanteile auch in denjenigen Sektoren des Stadtraumes zu erwarten, die aufgrund ihrer durch Kleingewerbe dominierten Wirtschaftsstruktur sowie des Fehlens von höheren Bildungseinrichtungen insbesondere unter jüngeren Menschen wenig beliebt sind und daher bei der Wohnortwahl – sofern die materielle Lage dies zulässt – eher gemieden werden. In Tokyo beispielsweise betrifft dies vor allem die nördlichen und nordöstlichen Stadtteile sowie den an diese Stadtteile angrenzenden suburbanen Raum (Esaki 2006: 116–121).

Gerade am letzten Beispiel zeigt sich, dass demographische Alterung und Schrumpfung im Allgemeinen mit einer Verschärfung sozialräumlicher Gegensätze einhergeht. Anders als zur Zeit des wirtschaftlichen Hochwachstums und dann wieder während der *bubble economy*-Phase, als astronomisch hohe Bodenpreise und enorme Zuwanderungsziffern dazu führten, dass selbst Wohlhabende oft dazu gezwungen waren, sich in wenig attraktiven Wohngebieten niederzulassen (vgl. Nakagawa 1998: 187; Waley 2000: 153), dürfte die vom kommenden Jahrzehnt an auch für die Metropolangebiete zu erwartende Bevölkerungsschrumpfung die Wohnungsmarktlage dort entspannen und damit bewirken, dass Besserverdienende größere Wahlmöglichkeiten bei der Wohnungssuche haben. Es käme damit zu einer stärkeren räumlichen Entmischung der sozialen Schichten mit der Folge einer erhöhten städtischen Segregation, d.h. einem stärkeren Kontrast zwischen „armen“ und „wohlhabenden“ Stadtteilen als bislang.<sup>5</sup> Daneben kann angenommen werden, dass die Alterung auch eine polarisiertere soziale Situation innerhalb einzelner Stadtviertel oder Kommunen schafft. So lässt sich ein wesentlicher Teil der in jüngerer Zeit auf nationaler Ebene leicht gestiegenen Einkommensungleichheit (gemessen an der Entwicklung des Gini-Koeffizienten) auf den gestiegenen Altenanteil zurückführen, denn in Japan sind Einkommensunterschiede vor allem unter älteren Menschen überdurchschnittlich stark ausgeprägt (Chiavacci 2002: 242). Zumindest im Mittel dürfte daher eine demographisch besonders alte auch eine in sozialer Hinsicht besonders ungleiche Kommune sein.

Das Ausmaß demographischer Alterung und Schrumpfung in den Ballungsräumen ist indes kaum mit den tiefgreifenden Problemen zu vergleichen, die auf den ländlichen Raum zukommen. Während hier fast aus-

---

<sup>5</sup> Das sozialräumliche Segregationsniveau in japanischen Städten ist im internationalen Vergleich bislang meist als ungewöhnlich gering beschrieben worden (so z. B. besonders pointiert bei Fujita und Hill 1998). Vgl. hingegen die Arbeiten von Fielding (2004) und Lützel (2008b), die zum Ergebnis einer insgesamt dem europäischen Niveau ähnelnden Segregationsstärke kommen.

schließlich negative Effekte zu erwarten sind, denen mit konventionellen Maßnahmen nur schwer entgegenzuwirken sein wird, besteht in den Metropolen immerhin die Möglichkeit, dass durch eine Abnahme der Bevölkerung bisher vorhandene negative Agglomerationseffekte gelindert werden könnten. Yoshida (2005: 138) erwähnt in diesem Zusammenhang stagnierende oder sinkende Grundstückspreise, eine Entspannung des Wohnungsmarktes und weniger Staus. Würden die Auswirkungen übermäßiger Verdichtung überwunden, könne dies die Metropolen für jüngere Menschen sogar noch attraktiver machen. Für den ländlichen Raum wird dagegen im Vordergrund stehen, Maßnahmen zu konzipieren, um weiterer Abwanderung möglichst Einhalt zu gebieten. In Gemeinden, denen dies nicht gelingt, könnte es zu einer Beschleunigung oder Initiierung von Abwärtsspiralen kommen, bei denen sich Bevölkerungsabnahme, eine Kontraktion der lokalen Wirtschaft und der Abbau öffentlicher Infrastruktur wechselseitig verstärken (Elis 2008: 868–869).

Obwohl es nichts Neues darstellt, dass in Japan die Metropolen aus den metropolenfernen Räumen Bevölkerung abziehen, gibt es derzeit einige Anzeichen dafür, dass sich der Wettbewerb um die jüngeren und qualifizierteren Teile der Bevölkerung noch verschärft. Während Unternehmen aus den Verdichtungsräumen gezielt um Arbeitskräfte aus dem ländlichen Raum werben, versuchen auch die in den Ballungsgebieten gelegenen Universitäten, Studierende aus dem ländlichen Raum anzuziehen. Dieser Trend ist besonders deshalb interessant, da es sich um Vorboten einer Entwicklung handeln könnte, die von dem Versuch der Metropolen geprägt ist, sich auf die Folgen des bevorstehenden Arbeitskräftemangels einzustellen. Matsutani (2004: 92–94) hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass es in den Verdichtungsräumen zu einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften kommen könnte, da davon auszugehen sei, dass dort die Differenz zwischen der relativen Abnahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und derjenigen der Gesamtbevölkerung besonders hoch ausfallen wird.

Darüber hinaus sind jedoch auch die Differenzierungsprozesse innerhalb des metropolenfernen Raumes zu beachten. Es besteht schon seit einiger Zeit die Tendenz, dass größere Regionalstädte wie Sapporo, Sendai oder Fukuoka mit intaktem Angebot öffentlicher und privater Dienstleistungen zu Magneten werden, die Ressourcen und jüngere Menschen aus noch abgelegeneren Gebieten anziehen.

Eine weitere Verschärfung ergibt sich aus der Tatsache, dass die Impulse des längsten Wirtschaftsaufschwungs seit Kriegsende in Teilen der japanischen Peripherie kaum oder nur mit Verzögerung angekommen sind. Dafür gibt es zahlreiche Gründe, von denen hier nur einige gestreift werden können. Einerseits ist seit Mitte der 1980er Jahre spürbar, dass Stand-

orte im ländlichen Raum von der Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland (*genchi seisan*), dem Bezug von Vorprodukten und Teilen aus Übersee (*kaigai chōtatsu*) und der Konkurrenz durch Standorte in den aufstrebenden ost- und südostasiatischen Schwellen- und Entwicklungsländern stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Darüber hinaus macht sich bemerkbar, dass sich Standorte in der Peripherie kaum Hoffnungen auf eine Ansiedlung von High-Tech-Betrieben und solchen der neuen Informations- und Kommunikationsindustrien machen können, da es sich bei diesen nicht, wie zunächst fälschlicherweise angenommen, um nicht standortgebundene Wirtschaftszweige handelt, sondern um solche, die eindeutig Standorte in den Metropolen bevorzugen, was in besonderem Maße für Japan gilt. Weiterhin sind auch die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die lokalen Ökonomien zu berücksichtigen. Mit der Bevölkerungsschrumpfung und weitergehenden Alterung in ländlichen Gebieten beschleunigt sich beispielsweise der Niedergang des lokalen Einzelhandels. Zudem haben auch die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft und die Fischerei mit strukturellen Problemen zu kämpfen. Die Zukunft der Wirtschaft im ländlichen Raum wird maßgeblich davon abhängen, ob attraktive Arbeitsplätze für jüngere Menschen und Rückkehrer aus den Metropolen zur Verfügung stehen.

Es stellt sich die Frage, wie diesen erkennbar schwerwiegenden Problemen des metropolenfernen Raumes zu begegnen ist. Die Regierung Koizumi (2001–2006) hat darauf eine Antwort gefunden, die ihrem marktradikalen Credo entspricht: die sogenannte Trinitätsreform (*sanmittai kaikaku*). Dahinter verbirgt sich ein Konzept, das drei regionalpolitische Maßnahmen beinhaltet, die im Paket als Dezentralisierungskonzept präsentiert wurden. Es geht dabei um eine Revision des Systems der regionalen Übertragungssteuer (*chihō kōfuzei seido*), die Einschränkung des Umfangs von zweckgebundenen Staatszuweisungen (*kokko shishutsukin*) und eine Übertragung von Steuerquellen von der Zentralregierung an die Gebietskörperschaften (*zeigen ijō*). Das Kalkül besteht darin, den Verantwortungsbereich der Präfekturen und Kommunen auszuweiten; sie sollen lernen, vorzugsweise ohne die leitende Hand der Regierung zurechtzukommen. Auf der Seite der Kommunen führen die Reformen dazu, dass gerade diejenigen Gemeinden, welche in besonderem Maße auf Transfers von Seiten der Zentralregierung angewiesen waren, mit erheblichen Einschnitten in den kommunalen Haushalten rechnen müssen, da sie für die entgangenen Einnahmen aus dem horizontalen Finanzausgleich nur unzureichend kompensiert werden. Um nicht Gefahr zu laufen, sich hoffnungslos zu verschulden, bleibt vielen ländlichen Kommunen derzeit keine andere Wahl, als die Zahl ihrer Bediensteten zu senken, Infrastruktur abzubauen und räumlich zu konzentrieren sowie einen Teil

der öffentlichen Dienstleistungen in die Hände des privaten Sektors zu legen. Bringt man die Essenz dieser Regionalreform auf den Punkt, so bedeutet sie den Beginn einer Abkehr von einer ausgleichsorientierten Regionalpolitik (siehe dazu auch Lützel und Elis 2007: 716–717). Eine Begründung für die Notwendigkeit von Reformen liegt jedoch nahe: Die Besorgnis erregende Höhe der japanischen Staatsverschuldung lässt den Luxus solcher Umverteilungsmaßnahmen nicht mehr zu, die in einkommensschwachen Gemeinden ein annähernd gleichwertiges Niveau an öffentlichen Dienstleistungen sicherstellen sollten.

Zum jetzigen Zeitpunkt erscheint es noch fraglich, ob die Trinitätsreform konsequent umgesetzt wird oder ob sie durch Interventionen von politischen Gegnern innerhalb und außerhalb der Regierung oder von Seiten der Interessengruppen schließlich noch entschärft oder verwässert wird. Fest steht jedoch, dass Koizumis Regionalreformen, die zunächst stark im Schatten der Postprivatisierung standen, ein Vermächtnis bilden, das geeignet ist, das Gesicht des Landes tiefgreifend zu verändern. Während Abe (2006–2007) als unmittelbarem Nachfolger Koizumis im Amt des Premierministers wegen der Kürze seiner Amtszeit keine Zeit blieb, seine durchaus vorhandenen Vorstellungen zur Gestaltung der Regionalpolitik (siehe z. B. *Nihon Keizai Shinbun* 12.09.2007: 9) zum Tragen zu bringen, ist dieser Politikbereich seither zu einem Spielball zwischen den Parteien geworden. Auch einige Ministerien zeigen sich zurückhaltend gegenüber diesen Reformen, da sie ihre Einflussbereiche schützen und ihre Kontrolle über die Gebietskörperschaften gewahrt sehen wollen. Dass der marktradikale Kurs von Koizumi, der sich in seiner Zeit als Premierminister selbst als dezidiert die städtischen Interessen vertretender Politiker verstand, die LDP-Wähler im ländlichen Raum vor den Kopf stieß, gilt als einer der Faktoren, die dazu beigetragen haben, dass die Oberhauswahlen im August 2007 für die Regierungsparteien zu einem Desaster gerieten. Der oppositionellen Demokratischen Partei Japans (DPJ) gelang es dabei, die Frage der sich verschärfenden regionalen Disparitäten zu einem Teil ihrer Agenda zu machen und in den traditionellen LDP-Hochburgen in den metropolenfernen Räumen Wähler zu gewinnen.

Eine Prognose über die weitere Entwicklung der regionalen Ungleichheit in Japan ist naturgemäß nicht einfach. Vieles dürfte davon abhängen, ob die politischen Entscheidungsträger auf der zentralstaatlichen Ebene die von den Gedanken eines „kompetitiven Föderalismus“ getragenen Reformen der Koizumi-Ära konsequent weiterführen oder zumindest teilweise zu einer Politik des „benevolenten Zentralismus“ zurückkehren. Der demographische Wandel und die wirtschaftlichen Schrumpfungsprozesse im ländlichen Raum als weitere Ursachen verstärkter Raumdisparitäten erscheinen jedoch als nahezu irreversible Phänomene. In Anbetracht

des sich verschärfenden Wettbewerbs um Ressourcen und Talente ist davon auszugehen, dass sich die Kluft zwischen den Gewinner- und den Verliererregionen weiten wird.

\* \* \*

Die Mehrzahl der acht Beiträge des vorliegenden Bandes, die dem Themenschwerpunkt zugeordnet werden können, befasst sich mit ländlichen Gemeinden und Regionen. Entsprechend stellt die teilweise recht prekäre Situation ländlicher Kommunen und deren Suche nach Identität und/oder neuen Einnahmequellen in Zeiten demographischer Schrumpfung und politischer Dezentralisierungsbestrebungen den von den meisten Aufsätzen gewählten Themenbereich dar. Dabei wird das japanische Territorium räumlich gesehen recht gut abgedeckt. Hokkaidō ist ebenso mit einer Gemeinde vertreten wie der Ryūkyū-Archipel; die nordöstliche Hälfte der Hauptinsel Honshū wird ebenso behandelt wie ihre südwestliche Hälfte inklusive der Inseln Shikoku und Kyūshū (Abb. 1).

Zu Beginn gibt Thomas Feldhoff in seinem Beitrag „Landes- und Regionalentwicklung zwischen Wachstum und Schrumpfung: Regionale Disparitäten und räumliche Planung in Japan“ einen fundierten Überblick über die Entwicklung räumlicher Ungleichheit und die bisherige Grundkonzeption der staatlichen Raumplanung. Feldhoff stellt heraus, dass sich trotz jahrzehntelanger Bemühungen um eine (Wieder-)Herstellung ausgeglichener Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes die demographischen und ökonomischen Unterschiede zwischen den Verdichtungsräumen an der Pazifikseite Japans auf der einen und den ländlich-peripheren bzw. altindustrialisierten Regionen auf der anderen Seite dramatisch verschärft haben. Ungeachtet der Entleerung und beginnenden Verödung weiter Landstriche abseits der Metropolen habe die japanische Raumplanungspolitik jedoch noch kein durchgreifend neues, realistischeres Leitbild entwickelt. Der Autor macht hierfür zum einen den weiterhin starken Einfluss der japanischen „Baulobby“ auf Politik und Ministerialbürokratie verantwortlich. Zum anderen benennt er obrigkeitsstaatliche Traditionen, die das Aufkommen nichtstaatlicher Akteure und damit nicht-hierarchische Formen kollektiver Regelungen von gesellschaftlichen Sachverhalten (*governance*) auf regionaler und lokaler Ebene in Japan bislang gehemmt hätten. Feldhoff sieht aber auch erste Anzeichen für eine Bewusstseinsänderung.

Der darauf folgende Beitrag „Schrumpfende Städte als Herausforderung: Japan, Hokkaidō und der Fall der Stadt Yūbari“ von Winfried Flüchter kann auch als eine Konkretisierung der Ausführungen von Feldhoff gelesen werden. Der erste Teil des Aufsatzes beschäftigt sich mit der Entwicklung der Einwohnerzahlen aller japanischen Städte (*shi*) bzw. der

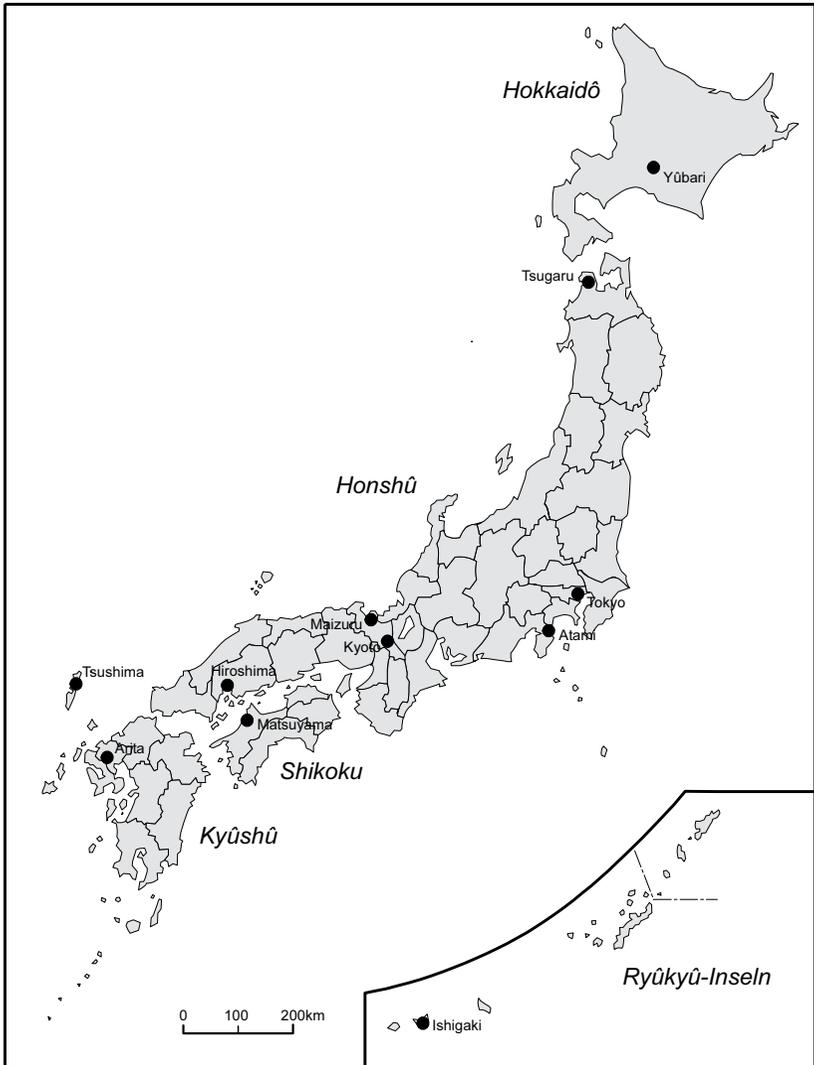


Abb. 1: Geographische Lage der in diesem Band näher erwähnten und behandelten Orte

Städte auf der von Schrumpfungprozessen besonders betroffenen Insel Hokkaidō zwischen 1960 und 2005. Flüchter hält dabei fest, dass mittlerweile die meisten kleineren Städte mit weniger als 200.000 Einwohnern Bevölkerungsverluste verzeichnen, wobei die Situation in von Kohle, Stahl und Werften dominierten Städten besonders katastrophale Aus-

maße angenommen hat. Noch einigermaßen günstig stelle sich die Lage innerhalb der Metropolregionen dar. Der zweite Teil widmet sich der 2007 in Konkurs gegangenen ehemaligen Bergbaustadt Yūbari auf Hokkaidō. Der Autor schildert – teils auf Basis persönlicher Eindrücke – die Versuche der Gemeinde, durch den Aufbau einer kostspieligen touristischen Infrastruktur den seit 1990 durch die Schließung der letzten Zeche scheinbar besiegelten wirtschaftlichen und demographischen Niedergang aufzuhalten, was aber letztlich zum finanziellen Ruin mit anschließender staatlicher Zwangsverwaltung führte. Flüchter sieht die eigentliche Ursache für den Bankrott aber eher in der bisherigen großzügigen Subventionspolitik der Zentralregierung, die bei den Kommunen eine Mentalität des unwirtschaftlichen Umgangs mit öffentlichen Geldern habe entstehen lassen.

Nicht unmittelbar um regionale Disparitäten, wohl aber um eine neue stadtplanerische Handhabe, die auch zur Revitalisierung einzelner Kommunen eingesetzt werden kann, geht es in der Untersuchung von Christoph Brumann mit dem Titel „Weite Himmel über der Kaiserstadt: Die Kehrtwende in Kyotos Stadtplanung“. Brumann schildert die Umsetzung des nationalen Landschafts(schutz)gesetzpaketes (*Keikan-hō*) von 2004 in der durch zahlreiche Neubauten zunehmend in ihrer Eigenart gefährdeten alten Hauptstadt Japans. Die neue gesetzliche Grundlage machte eine Änderung städtischer Verordnungen (*jōrei*) möglich, die in fundamentaler Abkehr von der die bisherige japanische Stadtplanung kennzeichnenden Vorrangstellung von Eigentümerinteressen nunmehr unter anderem ein Verbot aufdringlicher Reklametafeln sowie die Verwendung traditioneller Architekturelemente und deutlich reduzierte Maximalhöhen von Gebäuden vorsehen. Brumann stellt aber auch klar, dass diese epochale Trendwende keineswegs eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen anzeigt. Vielmehr ging die Initiative in herkömmlicher Top-Down-Manier von entsandten Beamten der Zentralregierung sowie Kyotoer Wirtschaftsführern aus. Hauptgrund für die überraschend bereitwillige Umsetzung der Landschaftsgesetze war die erwartete Schrumpfung der Einwohnerzahl Kyotos, wodurch das traditionelle Stadtbild in der Zukunft zu einer für das Wohlergehen der Stadt noch wichtigeren Ressource werden dürfte. Kyoto bildet damit laut Brumann auch einen Referenzpunkt für andere Kommunen, die ebenfalls auf ein attraktives Stadtbild angewiesen sind, um Besucher oder Bewohner zu halten oder gar neu anzulocken.

Eine solche Anlockung einer bestimmten Bewohnerklientel ist das Thema des Beitrags „Ruheständler als Lebenselixier? Ruhestandswanderung und lokale Neubelebungsstrategien am Beispiel von Atami und Ishigaki“ von Maren Godzik. Obwohl Ruhestandswanderung in Japan im Vergleich zu anderen Industriegesellschaften bislang kaum eine Rolle gespielt hat,

wie die Autorin ausführt, betrachten einige ländliche Kommunen noch relativ rüstige und wohlhabende Senioren bis zu einem Alter von etwa 75 Jahren mittlerweile als willkommene Personengruppe, deren Ansiedlung zu einer Hinauszögerung demographischer Schrumpfung und damit auch zu einer Verbesserung der kommunalen Haushaltslage beitragen kann. Mehr noch als auf ein gewandeltes Migrationsverhalten könne sich die Hoffnung der Kommunen dabei auf ein absehbares absolutes Anwachsen der Wanderungszahlen älterer Menschen stützen, da die geburtenstarken Jahrgänge der frühen Nachkriegszeit (sog. *dankai sedai*) nunmehr ins Ruhestandsalter eintreten. Weiter belegt Godzik anhand der Beispiele von Atami, einem etablierten Thermalbade- und Vergnügungsort am Meer unweit von Tokyo, sowie Ishigaki, einer am äußersten Südwestrand der japanischen Inselkette gelegenen und schon zur tropischen Klimazone rechnenden Insel, dass sich die Bedingungen in den Zielorten von Ruhesitzwanderung teilweise erheblich voneinander unterscheiden. Dies betrifft sowohl die Merkmale der Zuwanderer als auch die Strategien der Akteure in den Kommunen. Gemeinsam sei beiden Fällen jedoch eine drohende Beeinträchtigung des Ortsbildes durch unkoordiniert entstehende Wohnkomplexe sowie die Gefahr von Interessenkonflikten zwischen Alt- und Neubewohnern.

Die vier restlichen Beiträge zum Themenschwerpunkt dieser *Japanstudien* behandeln die Frage der Identitätsfindung bzw. Identitätserhaltung von Kommunen und Regionen. Dies ist insoweit ein derzeit drängendes Thema, als sich seit 1999 die Zahl der Kommunen im Rahmen der „Großen Kommunalen Gebietsreform der Heisei-Zeit“ (*Heisei no dai-gappei*) von ursprünglich über 3.200 auf rund 1.800 Kommunen fast halbiert hat. Die Gebietsreform wurde von der Zentralregierung unter anderem zur Stärkung bzw. Sicherung der lokalen Verwaltungseffizienz und Verbesserung der teilweise desaströsen fiskalischen Situation angestoßen, stellt aber die betroffenen Kommunen oft vor das Problem, ihre Identität neu bestimmen zu müssen bzw. als kleinerer Partner im neuen Gemeindeverband hinreichend sichtbar zu bleiben. Der Beitrag „Kommunale Gebietsreformen der Heisei-Zeit und lokale Identität: Das Beispiel der Kommune Arita-*chō*“ von Cornelia Reiher stellt einen solchen Prozess am Beispiel einer durch ihre Porzellanherstellung in Japan sehr bekannten Gemeinde im Norden von Kyūshū ausführlich dar. Obwohl bei der 2006 erfolgten Fusion der Keramikstadt Arita-*machi* mit dem agrarisch geprägten Nishi-Arita-*chō* zur neuen Gemeinde Arita-*chō* Identitätsprobleme oder die Frage der Namensfindung für die neue Gemeinde letztlich keine große Rolle spielten, hielten es die lokalen öffentlichen Akteure im Vorfeld der Fusion für notwendig, in Gemeindezeitungen sowie auf etlichen Informationsveranstaltungen die Gemeinsamkeiten der Fusionspartner und ihrer Bürger hervorzuheben,

um so ein neues Gemeinschaftsgefühl herzustellen. Eine aktive Beteiligung der Bürger am Fusionsprozess hat jedoch kaum stattgefunden, bemerkt Reiher. Auch könne zwei Jahre nach dem Zusammenschluss von einem neuen Gemeinschaftsgefühl im Ort noch keine Rede sein.

Die Förderung von Fremdenverkehr als Mittel zur Förderung der Integration neu fusionierter Gemeinden steht im Mittelpunkt des Beitrags „Eine neue Identität für Regionalstädte: Deindustrialisierung, kommunale Gebietsreform und Tourismus“ von Carolin Funck. Am Beispiel von fünf kleineren bis mittelgroßen Städten in der westjapanischen Präfektur Hiroshima kommt die Autorin zu dem Ergebnis, dass Tourismus als imagebildende und der Wirtschaft förderliche Strategie umso deutlicher betont wird, je stärker eine Kommune von Deindustrialisierung und Bevölkerungsalterung betroffen ist. Die Etablierung eines neuen Images durch Tourismus gelinge jedoch allenfalls nach außen, während stringente Konzepte zur Integration der touristischen Ressourcen in den einzelnen fusionierten Gemeindeteilen nicht erkennbar sind. Eine durch Tourismusaktivitäten angestoßene Neugestaltung des städtischen Raumes zur Herstellung urbaner Lebens- und Freizeitqualität, die langfristig sogar neue Bewohner anlocken könnte, ist schon angesichts knapper Gemeindekassen ebenfalls kaum realisiert worden.

In seinem Beitrag „Japanese Rural Revitalization: The Reality and Potential of Cultural Commodities as Local Brands“ beschäftigt sich Anthony Rausch mit dem Thema der Markenbildung bei regionalen Kulturgütern. Er zeichnet dabei anhand der Beispiele von traditionellen Lackwaren und *shamisen*-Musik, die beide mit der Region Tsugaru im Westteil der Präfektur Aomori verbunden werden, nach, dass sich das Verfolgen einer Strategie, die auf offizielle Anerkennung setzt, auch als kontraproduktiv erweisen kann, da die Gefahr besteht, dass ein stereotypes Bild von regionalen Kulturgütern zementiert wird, welches deren historisch gewachsene Vielfalt weitgehend ausblendet. Dies kann sich als problematisch erweisen, da ein Markenimage, das dem historischen Entwicklungspfad nur ungenügend Rechnung trägt, kaum als Mittel zur Revitalisierung der Ursprungsregion taugt. Da jedoch gerade angesichts der durch die kommunalen Gebietsreformen veränderten Lage vieler Gemeinden Bemühungen, die dazu geeignet sind, der regionalen Wirtschaft neue Impulse zu verleihen, an Bedeutung gewinnen, muss laut Rausch im Falle der Vermarktung regionaler Güter sorgfältig darauf geachtet werden, welche Güter in die Vermarktungsstrategie von Orten einbezogen werden und ob die verfolgte Strategie im Einklang mit dem regionalen Selbstverständnis steht.

Einen anderen Ansatz wählen Tatsushi Hirano, Sven Saaler und Stefan Säbel in ihrem Beitrag „Recent Developments in the Representation of National Memory and Local Identities: The Politics of Memory in Tsushima,

Matsuyama, and Maizuru“. Die genannten westjapanischen Orte interpretieren sie nach Pierre Nora als nationale „Erinnerungsorte“ (*lieux de mémoire*). Die Insel Tsushima und die Stadt Matsuyama stehen dabei für die Erinnerung an den Russisch-Japanischen Krieg (1904/05), während die am Japanischen Meer gelegene kleine Hafenstadt Maizuru mit der Rückkehr der japanischen Siedler aus der Mandchurei und dem Norden von Korea sowie der in sowjetischen Lagern Internierten nach Ende des Zweiten Weltkriegs in Verbindung gebracht wird. Mit dem Bau von Museen und Gedenkstätten, aber auch der Erhaltung und Restaurierung von Objekten, die mit den historischen Ereignissen in direktem Zusammenhang stehen, bemühen sich die Orte zugleich um eine eigene lokale Identität. Anders als im Falle von Okinawa oder Hiroshima dient die lokale Erinnerung jedoch nicht als Gegenentwurf zu einer dominanten nationalen Version der Geschichtsschreibung. Vielmehr sollen, auch zum Zwecke einer touristischen und allgemein wirtschaftlichen Wiederbelebung, an diesen Orten nostalgische und den Nationalstolz weckende Assoziationen hervorgerufen werden. Somit kommt es nicht zu einer Regionalisierung nationaler Geschichtsschreibung, sondern es entsteht umgekehrt eine Nationalisierung von Lokalgeschichte.

\* \* \*

Der erste Varia-Beitrag des vorliegenden Bandes, „The Local Dimension of Energy and Environmental Policy in Japan“, ist der Frage gewidmet, aus welchen Gründen Japan in Bezug auf die Bereiche „nachhaltige Energiepolitik“ und „Klimaschutz“ keine aktivere Rolle einnimmt. Andrew DeWit und Tani Tatsuhiko führen dies darauf zurück, dass die zuständigen politischen Entscheidungsträger überkommenen Leitbildern folgen, anstatt die Potenziale zu nutzen, die sich aus einer stärkeren Rolle des öffentlichen Sektors und einer Einbindung von privaten Akteuren ergeben könnten. Ausgesprochen kritisch sehen die Autoren die seit den Koizumi-Jahren verfolgte Energiepolitik, die vorrangig auf marktzentrierte Mechanismen und freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft setze, und plädieren stattdessen für eine Politik der Internalisierung der sogenannten „externen Effekte“. International schneide Japan gerade im Vergleich mit den westeuropäischen Staaten in Bezug auf umwelt- und energiepolitische Indikatoren weniger gut ab, als man im Hinblick auf das Image des Landes als „Heimat“ des Kyoto-Protokolls erwarten sollte. Den Schlüssel zu einer nachhaltigeren Energienutzung könnte eine stärkere Förderung von Projekten zur Nutzung erneuerbarer Energien bilden; auf lokaler Ebene gebe es bereits Erfolg versprechende Ansätze, wie etwa das Beispiel der Stadt Kuzumaki in der Präfektur Iwate zeigt. Es sei wünschenswert, dass die japanische Regie-

rung mit geeigneten Maßnahmen eine Vorreiterrolle einnimmt und stärker interveniert, um die Entwicklung von Wind-, Solar- und Geothermalenergie voranzutreiben.

Auch der zweite Varia-Beitrag „From Environmental Accountability to Corporate Social Responsibility? Reflections on the CSR Boom in Japan from the Perspective of Business Management and Civil Society Groups“ von Susanne Brucksch und Carolina Grünschloß setzt sich mit einem Thema auseinander, welches gegenwärtig viel Aufmerksamkeit erfährt. Die Autorinnen schildern die historische Entwicklung, die zur heutigen Ausprägung von Corporate Social Responsibility in Japan geführt hat, im Spannungsfeld zwischen Unternehmen und ihren Anspruchsgruppen. Die Anfänge von CSR in Japan müssen bei der japanischen Umweltbewegung gesucht werden, der es zu verdanken ist, dass Umweltschutzziele zunehmend Eingang in die Gesetzgebung und das Kalkül der Unternehmen fanden. Trotz einiger Erfolge musste die Umweltbewegung jedoch auf Grund ihrer institutionellen Schwäche seit den 1990er Jahren das Gesetz des Handelns den Unternehmen überlassen, die begannen, den Umweltschutz aus strategischen Gründen auf ihre Fahnen zu schreiben. Getrieben durch Impulse aus dem Ausland und Unternehmensskandale innerhalb Japans entwickelte sich in Japan ein Bewusstsein für CSR, das sich in den letzten Jahren in Ansätzen von umweltbezogenen zu sozialen Belangen hin erweiterte. Die Autorinnen sehen Anzeichen dafür, dass in Zukunft Kooperationen zwischen Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen ein größeres Augenmerk zukommen wird.

#### LITERATURVERZEICHNIS

- Asahi Shimbun „Bunretsu Nippon“ Shuzaihan (Hg.) (2007): *Bunretsu Nippon – chūryūsō wa doko e* [Gespaltenes Japan – wo ist die Mittelschicht geblieben?]. Tokyo: Asahi Shimbunsha.
- Chiavacci, David (2002): Die japanische Mittelschicht vor dem Kollaps – die Kontroverse zur sozialen Schichtung und Mobilität im gegenwärtigen Japan. In: *JAPAN aktuell* (Juni 2002), S. 236–253.
- Elis, Volker (2008): The Impact of the Ageing Society on Regional Economies. In: Florian Coulmas, Harald Conrad, Annette Schad-Seifert und Gabriele Vogt (Hg.): *The Demographic Challenge: A Handbook about Japan*. Leiden und Boston: Brill, S. 861–877.
- Esaki, Yūji (2006): *Shutoken jinkō no shōraizō. Toshin to kōgai no jinkō chirigaku* [Das Zukunftsbild der Bevölkerung in der Hauptstadtregion. Bevölkerungsgeographie der Innenstadt und der Vorstädte]. Tokyo: Sen-shu Daigaku Shuppankyoku.

- Fielding, Anthony J. (2004): Class and Space: Social Segregation in Japanese Cities. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 29 (1), S. 64–84.
- Flüchter, Winfried (1990): Japan. Die Landesentwicklung im Spannungsfeld zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung. In: *Geographische Rundschau* 42 (4), S. 182–194.
- Flüchter, Winfried (1997): *Tōkyō quo vadis? Chancen und Grenzen (?) metropolitanen Wachstums* (= Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften; 15). Duisburg: Gerhard-Mercator-Universität Gesamthochschule Duisburg, Institut für Ostasienwissenschaften.
- Fujimoto, Tateo (1992): *Tōkyō ikkyoku shūchū no mentariti* [Die Mentalität der Einpunkt-Konzentration auf Tokyo]. Kyoto: Mineruva Shobō.
- Fujita, Kuniko und Richard Child Hill (1998): Together and Equal: Place Stratification in Osaka. In: P. P. Karan und Kristin Stapleton (Hg.): *The Japanese City*. Lexington: The University Press of Kentucky, S. 106–133.
- Fukuhara, Masahiro (2001): *Yomigaere nyūtaun. Kōryū ni yoru saisei o motomete* [Die New Towns wiederbeleben. Durch Austausch zur Revitalisierung]. Tokyo: Kokon Shoin.
- Hill, Richard Child und Kuniko Fujita (2000): State Restructuring and Local Power in Japan. In: *Urban Studies* 37 (4), S. 673–690.
- Itō, Ryūtarō (2007): Danchi wa Nihon no seichi da. Bokura no „byōdō“ wa koko kara hajimatta [Großwohnsiedlungen sind ein heiliger Ort Japans. Unsere „Gleichheit“ hat von hier aus begonnen]. In: *Asahi Shimbun Weekly AERA* 2007.7.23, S. 46–49.
- KCSKKTs (= Kokudochō Chihō Shinkō-kyoku Kaso Taisaku-shitsu) (1991): *Heisei 2-nendoban kaso taisaku no genkyō* [Die aktuelle Lage der Maßnahmen gegen Untervölkerung, Ausgabe Fiskaljahr 1990]. Tokyo: Marui Kōbunsha.
- Kreiner, Josef (Hg.) (1996): *Chiikisei kara mita Nihon. Tagenteiki rikai no tame ni* [Japan aus Sicht seiner regionalen Unterschiede. Für ein pluralistisches Verständnis]. Tokyo: Shin'yōsha [Name des Hg. im Original: Kurainā, Yōzefu].
- Lützel, Ralph (1998): Regionale Wirtschaftsstruktur und Raumordnungspolitik. In: Deutsches Institut für Japanstudien (Hg.): *Die Wirtschaft Japans. Strukturen zwischen Kontinuität und Wandel*. Berlin, Heidelberg und New York: Springer, S. 269–292.
- Lützel, Ralph (2008a): Regional Demographics. In: Florian Coulmas, Harald Conrad, Annette Schad-Seifert und Gabriele Vogt (Hg.): *The Demographic Challenge. A Handbook about Japan*. Leiden und Boston: Brill, S. 61–79.
- Lützel, Ralph (2008b): *Ungleichheit in der global city Tōkyō. Aktuelle sozialräumliche Entwicklungen im Spannungsfeld von Globalisierung und lokalen Sonderbedingungen* (= Monographien aus dem Deutschen Institut für Japanstudien; 42). München: Iudicium.

- Lützel, Ralph und Volker Elis (2007): Der Demografische Wandel in Japan – Hintergründe und aktuelle Entwicklungen in der Sozial-, Beschäftigungs- und Regionalpolitik. In: *Wirtschaftspolitische Blätter* 54 (4), S. 705–720.
- Matsutani, Akihiko (2004): *Jinkō genshō keizai no atarashii kōshiki* [Eine neue Formel für die Wirtschaft in Zeiten abnehmender Bevölkerung]. Tokyo: Nihon Keizai Shinbunsha.
- Nakagawa, Satoshi (1998): Population Development and Social Problems in the Inner City and Suburbs of the Tokyo Metropolitan Area. In: The Organizing Committee of the 8th Japanese-German Geographical Conference (Hg.): *Sustainability as an Approach for National, Regional and Local Development in Japan and Germany*. Machida: The Organizing Committee of the 8th Japanese-German Geographical Conference, S. 183–193.
- NHK Supesharu „Wākingu Pua“ Shuzaihan (Hg.) (2007): *Wākingu pua: Nihon o mushibamu yamai* [Working Poor: Die Krankheit, die Japan zersetzt]. Tokyo: Popura-sha.
- Nihon Keizai Shinbun* (12.09.2007): Chiiki kasseika e no shin-senryaku [Neue Strategie für eine Revitalisierung der Regionen], S. 9, Morgenausgabe.
- Norimoto, Kichirō (1989): *Kaso saisei no genten* [Ausgangspunkte einer Wiederbelebung untervölkerter Regionen]. Tokyo: Nihon Keizai Hyōronsha.
- Ōyama, Mahito (2008): *Danchi ga shinde iku* [Die Großwohnsiedlungen sterben dahin] (= Heibonsha Shinsho; 415). Tokyo: Heibonsha.
- SPA! (04.12.2007): „Danchi no suramu-ka“ ga tomaranai! [Die „Verslumpung der Großwohnsiedlungen“ nimmt kein Ende!], S. 24–29.
- Sugimoto, Yoshio (1997): *An Introduction to Japanese Society*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tōkyō-to (2008): Kokusei chōsa Tōkyō-to kushichōson chōchō-betsu hōkoku, Heisei 17-nen. Dai 1-hyō [Bericht zur Volkszählung 2005 für die Präfektur Tokyo nach Kommunen und Stadtdistrikten, Tabelle 1]. <http://www.toukei.metro.tokyo.jp/kokusei/2005/kd05-01data.htm> (letzter Zugriff 14.07.2008).
- Waley, Paul (2000): Tokyo: Patterns of Familiarity and Partitions of Difference. In: Peter Marcuse und Ronald van Kempen (Hg.): *Globalizing Cities. A New Spatial Order?* Oxford: Blackwell, S. 127–157.
- Yoshida, Yoshio (2005): Shōshi-ka ni tomonau chiiki shakai no shomondai [Die durch den Geburtenrückgang verursachten Probleme der lokalen Gesellschaft]. In: Hiroshi Ohbuchi und Hiroyuki Kanekiyo (Hg.): *Shōshi-ka no shakai keizaigaku* [Sozioökonomie des Geburtenrückgangs] (= Jinkōgaku Raiburari; 2). Tokyo: Hara Shobō, S. 133–151.